Stand: 27.08.2025 17:58:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5850

"Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5850 vom 25.03.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5911 vom 26.03.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 26.03.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.03.2015 **Drucksache 17/5850**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Jürgen W. Heike, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Peter Tomaschko, Bernd Kränzle, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die gewalttätigen Ausschreitungen linksextremer Gruppen anlässlich der Einweihung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, bei denen 220 Personen, darunter 150 Polizisten, verletzt sowie zahlreiche Scheiben an Geschäften und Haltestellen, mehrere Polizeiautos und zwei Fahrzeuge der Feuerwehr beschädigt wurden.
2. Er fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bundesweite Programme gegen Linksextremismus und die sogenannte Extremismusklausel umgehend wieder eingeführt werden.
3. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Staatsregierung, mögliche Konsequenzen für die Einsatzplanung für den G7-Gipfel in Elmau zu prüfen und Erkenntnisse aus den Vorfällen in Frankfurt in das bestehende G7-Sicherheitskonzept einfließen zu lassen, um solche Eskalationen wie in Frankfurt soweit wie möglich zu verhindern.

Begründung:

Gewalt gegen Polizisten, Geschäfte und Wohnhäuser darf nicht toleriert werden. Die beinahe bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen linker Extremisten legen die verfehlte Extremismuspolitik der letzten Monate offen.

Der G7-Gipfel in Elmau wird eine große sicherheitspolitische Herausforderung. Mit organisierter Gewalt und gezielten Angriffen auf Polizisten haben die linken Globalisierungsgegner erneut klar gemacht, dass sie zu allem bereit sind. Leidtragende sind die verletzten Polizisten und die Opfer der blinden Zerstörungswut. Darauf muss der Freistaat Bayern vorbereitet sein.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.03.2015 **Drucksache** 17/**5911**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Jürgen W. Heike, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Peter Tomaschko, Bernd Kränzle, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/**5850**

Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen

1. Der Landtag verurteilt die gewalttätigen Ausschreitungen linksextremer Gruppen anlässlich der Einweihung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, bei denen 220 Personen, darunter 150 Polizisten, verletzt sowie zahlreiche Scheiben an Geschäften und Haltestellen, mehrere Polizeiautos und zwei Fahrzeuge der Feuerwehr beschädigt wurden.
2. Er fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bundesweite Programme gegen Linksextremismus und die sogenannte Extremismusklausel umgehend wieder eingeführt werden.
3. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Staatsregierung, mögliche Konsequenzen für die Einsatzplanung für den G7-Gipfel in Elmau zu prüfen und Erkenntnisse aus den Vorfällen in Frankfurt in das bestehende G7-Sicherheitskonzept einfließen zu lassen, um solche Eskalationen wie in Frankfurt soweit wie möglich zu verhindern.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Dr. Florian Herrmann
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Florian von Brunn
Abg. Joachim Hanisch
Abg. Katharina Schulze
Abg. Jürgen W. Heike
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen (Drs. 17/5850)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wirksame Bekämpfung extremistischer Gewalttäter sicherstellen (Drs. 17/5880)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versammlungsfreiheit friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten ermöglichen - gewalttätige Ausschreitungen bei Blockupy-Protesten verurteilen! (Drs. 17/5881)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Dr. Florian Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hamburg im Dezember 2012, alle Jahre wieder am 1. Mai in Berlin oder Frankfurt im März 2015: Eine Schneise der vom linken Mob durchgeführten Gewalt zieht sich durch unsere Städte. Gewalttätige Randale hat mit einem demokratischen Verständnis von Demonstrationen aber nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Daher verurteilen wir die gewalttätigen Ausschreitungen linksextremer Gruppen anlässlich der Einweihung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt aufs Schärfste.

(Beifall bei der CSU)

220 Personen wurden verletzt. Hauptleidtragende waren wieder einmal etwa 150 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Darüber hinaus kam es zu massiver Gewalt gegen Geschäfte, Haltestellen, Polizeifahrzeuge und sogar zwei Fahrzeuge der Feuerwehr. Es kann eingeweiht werden, was will, und man kann dazu stehen, wie man will; wer aber sogar Feuerwehrfahrzeuge zerstört, zeigt, dass es ihm ausschließlich um das Zerstören um des Zerstörens willen geht und um sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt aber auch überhaupt keinen Grund – überhaupt keinen –, Polizeiautos, Haltestellen, Schaufenster von Geschäften oder Ähnliches zu zerstören. Wer andere Menschen angreift und verletzt, Menschen, die einfach vor Ort waren, oder eben Polizeibeamte, die vor Ort sein mussten, weil sie ihren Dienst getan haben, der positioniert sich außerhalb unserer Rechtsordnung, außerhalb jeglicher demokratischer Diskussionskultur. Solche Menschen sind schlichtweg Rechtsbrecher, und dafür gehören sie auch verfolgt und bestraft.

(Beifall bei der CSU)

Ich will auch ganz deutlich sagen: Solche Leute sind auch keine, wie es immer beschönigend heißt, Aktivisten, auch keine bunten Aktivisten; denn "Aktivisten" klingt so positiv; aktiv sein ist ja etwas Gutes. – Nein, das sind keine Aktivisten, sondern Polizistenhasser und letztlich Feinde unserer Demokratie.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Genau an dieser Stelle scheiden sich bereits die Geister; denn in unserer Diskussion, in der politischen Diskussion und in der gesellschaftlichen Diskussion, wird diese klare Einschätzung, dass solche Ausschreitungen zu verachten sind, nicht rundweg geteilt, ganz im Gegenteil. Das ist das Problem, das wir politisch und gesellschaftlich und auch im Bayerischen Landtag diskutieren müssen. Zitat: "Das sind doch nur brennen-

de Autos: Beruhigt euch mal wieder!" So überschreibt der Bochumer GRÜNEN-Stadtrat Karsten Finke einen Beitrag über die Krawalle in Frankfurt.

(Zuruf von der SPD: Den kennt doch keiner!)

Zu der Szenerie einer Stadt in Flammen merkt derselbe Stadtrat an, ihn wundere es "immer wieder, wie die Deutschen ausrasten, wenn hier Pkw angezündet werden. Das könnte auch etwas mit dem ‚Auto-Fetisch' der Deutschen zu tun haben."

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Ich glaube, das ist eher eine pathologische Rechtsstaatsallergie, und zwar bei Herrn Finke und seinesgleichen. Die sollte er einmal behandeln lassen.

(Beifall bei der CSU)

Es handelt sich um eine akute Polizistenphobie, wenn er schreibt: "Noch verstärkend kommt dazu, dass sogar friedliche Proteste häufig mit harter staatlicher Gewalt niedergedrückt werden. Bei Wasserwerfern, Tränengas und Knüppelorgien durch die Polizei wächst die Verzweiflung noch mehr." – Aha; immer die gleiche Begründung, nämlich, die Polizisten sind doch selber schuld, dass sie verletzt werden. Das ist ein menschenverachtender, gefährlicher Ungeist, der sich hier breitmacht.

(Beifall bei der CSU)

Nun könnte man die Auffassungen des GRÜNEN-Stadtrats, den wahrscheinlich zu Recht niemand kennt, als Einzelmeinung abtun. Was aber sagt Frederic Wester, der Sprecher der sogenannten Blockupy-Bewegung zu Straßenschlachten in Frankfurt? – Die Selber-schuld-Rhetorik gegenüber der Polizei geht munter weiter. Er sagt: "Die Polizei in Frankfurt hat die Stimmung bereits im Vorfeld angeheizt, in dem sie sehr martialisch aufgefahren hat und in den letzten Jahren immer strikt und teilweise auch brutal gegen Aktivisten vorgegangen ist." Oder: "Aber wir müssen auch in Kauf nehmen, dass wir uns teilweise außerhalb des erlaubten Rahmens bewegen."

Auch vom hessischen Landtagsvizepräsidenten und Krawall-Mitorganisator Ulrich Wilken von der Linkspartei hören wir nur wachsweiche Rechtfertigungsversuche: Bitte nicht zu viel Kritik an den Ausschreitungen, weil das nur ablenkt von der Wut auf die Gewalt der Krisenpolitik. - Es ist ein Skandal, dass die Linkspartei in Hessen Gewalttätern in ihren Büros in Frankfurt auch noch Unterschlupf gewährt hat.

Wenn es nach dieser Ideologie geht, sind die 150 verletzten Beamten sowieso nur ein – Zitat – "aufgebauschtes Problem". Das Aufgebauschte-Problem-Zitat hat Bundesfamilienministerin Schwesig gebracht, als sie vor einigen Monaten sämtliche Programme gestrichen hat, mit denen über Linksextremismus aufgeklärt werden soll. Da zeigt sich wieder: Auch Frau Schwesig ist auf dem linken Auge blind.

(Beifall bei der CSU)

Gerade aber Ereignisse wie in Frankfurt zeigen uns sehr deutlich: Es gibt sie eben doch, die fehlgeleiteten Linken. Bei denen sind Aufklärung und Prävention genauso dringend nötig wie bei den rechten Brüdern.

(Beifall bei der CSU)

Mittlerweile gibt es über 200 Initiativen gegen Rechts. Dabei gibt es nichts, was es nicht gibt: rocken, rappen, singen, springen, tanzen, golfen gegen Rechts. Man muss viel Fantasie entwickeln, um bei diesen Absurditäten immer noch eins draufsetzen zu können. Aber die Anstrengung lohnt; denn es winken Courage-Preise, Medienauftritte und staatliche Fördergelder. Neben diesen Projekten gibt es aber auch eine gewaltbereite Schlägertruppe, die in der letzten Zeit immer aggressiver und brutaler vorgegangen ist: Überfälle auf Polizeistationen, Bahnanschläge, Böller, Flaschen und Steine auf friedliche Demonstranten und Polizisten, Farbbeutel-Anschläge auf Häuser bei als rechts eingestuften Politikern sowie Belagerung und Verwüstung von Wohnungen und Büros, genannt Hausbesuche.

Die linksradikalen Schläger profitieren von der großzügigen Unterstützung des Kampfes gegen Rechts, die von Ministerin Schwesig verteilt wird. Verfassungstreue ist auch nicht mehr nötig, seit Frau Schwesig die Extremismusklausel kurzerhand gestrichen hat. Der Linksextremismus scheint nicht so schlimm zu sein, nur weil er intellektuell oder pseudointellektuell daherkommt. Wenn Sie nicht hören wollen, dass rechter und linker Extremismus am selben antidemokratischen Tropf hängen, dann hören Sie sich wenigstens an, was mir erst gestern ein Polizist gesagt hat: Steine tun genauso weh, egal ob sie von rechts oder von links geflogen kommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So einfach ist das eigentlich. Offenbar ist es aber nicht einfach genug für die, die ideologisch verblendet der Meinung sind, dass Polizisten sowieso selbst schuld sind, wenn sie im Dienst verletzt werden. Daher müssen bundesweite Programme gegen den Linksextremismus und die Extremismusklausel umgehend wieder eingeführt werden. Wir in Bayern haben hierfür Gott sei Dank einen klaren Blick.

(Beifall bei der CSU)

Ich fordere außerdem, dass das Vermummungsverbot bei Demonstrationen wieder als Straftat verfolgt wird. Der freie Mensch zeigt sein Gesicht. Das ist die Basis der Diskussions- und Streitkultur des Grundgesetzes. Wer es damit wirklich ernst meint, lehnt Vermummung ab. Was fällt den GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag dazu ein? –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr habt doch in der letzten Legislaturperiode gegen die Strafbarkeit der Vermummung gestimmt!)

150 Beamte werden von vermummten Demonstranten verletzt, und die GRÜNEN fordern im letzten Spiegelstrich ihres Dringlichkeitsantrags die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Das ist wirklich grotesk. Absurder geht es nicht mehr!

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass auch Menschen zum G-7-Gipfel nach Elmau kommen werden, die für ihre politischen Ziele demonstrieren wollen. Die Polizei muss auch für deren Sicherheit sorgen. Das Demonstrationsrecht friedlicher Bürgerinnen und Bürger ist garantiert. Wir wissen aber nicht erst seit Frankfurt, dass solche Veranstaltungen eben auch gewaltbereite Chaoten für ihre Randale anziehen. Vor allem der linksradikale Schwarze Block geht sehr konzentriert, straff organisiert und mit konkreten Plänen der Sachbeschädigung und der Körperverletzung, gerade gegen Polizeibeamte, vor. Dagegen hilft nur eine massive Präsenz mit der klaren Botschaft, dass die Polizei am Ende immer die stärkere Kraft ist. Die Botschaft an die linken Chaoten lautet: Gerade auf euch sind wir vorbereitet.

Deshalb wird es in Elmau auch keine Camps auf der grünen Wiese geben; denn die Erfahrung zeigt, dass solche Camps die Keimzelle der Krawallmacher sind. Es gibt ein Recht auf Demonstration, aber kein Recht auf Camping von Chaoten zum Zwecke der Gewaltausübung.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil wir das Demonstrationsrecht garantieren, erwarten wir von jedem Veranstalter, dass er dieses Recht friedlich ausübt. Das müssen auch die linken Chaoten verstehen. Ich sage dazu: Das müssen auch diejenigen verstehen, die die linken Chaoten ständig in Schutz nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Herrmann, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Herrmann, wir können uns vielem von dem, was Sie gesagt haben, anschließen. Eine Bemerkung müssen Sie mir aber schon gestatten: Sie fordern, dass die Vermummung wieder unter Strafe gestellt werden sollte. Ich erinnere an die letzte Legislatur-

periode, wo wir dies gefordert und Sie dies abgelehnt haben, Herr Kollege Professor Dr. Bausback allerdings mit einer Protokollnotiz, dass er sich der Fraktionsdisziplin beuge. Sie haben aber damals dagegen gestimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist ein schwieriger Hinweis. Wir haben wahrscheinlich zähneknirschend dagegen gestimmt.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN: Aha!)

Wir werden alles daransetzen, in dieser Hinsicht die Dinge wieder in Ordnung zu bringen, weil wir das für absolut notwendig halten. Jedenfalls wäre es eine völlig falsche Botschaft, die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten zu fordern, wenn Vermummte Polizisten verletzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Dr. Herrmann, eine Frage: Im Rahmen einer der letzten Diskussionen im Plenum hat der Innenstaatssekretär Eck gesagt, es könnten gar keine verurteilten Rechtsterroristen bei den Bagida-Demos und bei den Demonstrationen in München mitgelaufen sein, weil es momentan nur eine gäbe, und die sei beim NSU-Prozess angeklagt. Ich erinnere daran, dass Karl-Heinz Statzberger erwiesenermaßen mitgelaufen ist. Ich frage Sie, wie Sie es finden, dass es offensichtlich dem Innenstaatssekretär nicht auffällt, dass es verurteilte Rechtsterroristen gibt, die bei solchen Veranstaltungen dabei sind. Ist man da auf dem rechten Auge blind, oder wie nennt man das?

Dr. Florian Herrmann (CSU): Nein, das ist einfach Ihr Reflex. Man kann nicht einmal in Ruhe zehn Minuten lang über den Linksextremismus reden, sofort kommt der Reflex: Was ist eigentlich auf der rechten Seite? - Das ist der ganze Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Hanisch zum Rednerpult.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um ein ernstes Thema. Herr Kollege Dr. Herrmann, wir haben uns heute an ein paar Jahre zurückerinnert, und Sie haben heute gesagt, Sie hätten zähneknirschend gegen unseren Vorschlag gestimmt. Wir waren zwar der gleichen Meinung, aber der Antrag kam eben von den FREIEN WÄHLERN, deshalb mussten Sie dagegen stimmen. Meine Damen und Herren, ich frage mich deshalb schon, ob die vorgebrachten Argumente ernst gemeint sind.

Wir erleben derzeit weltweit eine Welle von Gewalt, Extremismus und Terror. Dieser Terror kommt von links, er kommt von rechts, oder er ist religiös motiviert. Ich glaube nicht, dass es einen guten Terrorismus und einen schlechten Terrorismus gibt. Wir sollten weder auf dem linken Auge noch auf dem rechten Auge blind sein. Wir verurteilen den Terrorismus und die Gewaltbereitschaft, die wir erleben, auf das Schärfste.

Meine Damen und Herren, wir sollten hier nicht trennen. Ich glaube, dass aus allen Dringlichkeitsanträgen, die heute zu diesem Thema gestellt wurden, die Ernsthaftigkeit spricht, dass wir dies verurteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Angriffe auf den Rechtsstaat – um nichts anderes handelt es sich bei diesen Demonstrationen bei der Einweihung der EZB – sind durch nichts gerechtfertigt. Wir müssen wachsam sein. Das ist auch das Ziel unserer Anträge. Sicherheit hat ihren Preis. Sicherheit kostet etwas, nicht nur dann, wenn eine solch fürchterliche Demonst-

ration stattgefunden hat, sondern auch dann, wenn es darum geht, bei den Haushaltsberatungen im Plenum die Polizei personell besser auszustatten und ihr mehr Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Auch dann müssen wir uns dazu bekennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Sicherheit in jeglicher Form, ob im IT-Bereich, im Verkehr oder in der Öffentlichkeit, ist ein Rechtsgut und ein Grundrecht, das es wert ist, geschützt zu werden, und für das es sich zu kämpfen lohnt. Wir werden niemals frei von Risiken und Gefahren sein. In vielen Bereichen können wir jedoch rechtzeitig gegen solche Risiken vorgehen. Herr Kollege Dr. Herrmann, Sie haben die Vorbereitungen auf Elmau genannt. Ich gebe Ihnen recht: Bei diesen Vorbereitungen müssen die Erfahrungen aus Frankfurt berücksichtigt und einbezogen werden. Wir alle werden aber nicht gänzlich ausschließen können, dass etwas passiert. Das wird auch unsere gut geschulte und ausgebildete Polizei nicht können.

Meine Damen und Herren, ich habe im Internet gelesen, dass einer der Demonstranten in Frankfurt hinterher gesagt hat: Das Schauspiel hatte seine Darsteller, und jetzt schlägt die Stunde der Kritiker. - Das ist ein Hohn sondergleichen. Das darf von uns, von der Politik, nicht toleriert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die Ereignisse bei der Einweihung des EZB-Neubaus waren ein Auslöser für diesen heutigen Antrag. Wir müssen Terrorismus und Gewalt konsequent bekämpfen, wo immer es möglich ist. Es muss immer ein Spiel der beiden Kräfte Sicherheit und Freiheit geben.

Sicherheit hat aber einen sehr hohen Stellenwert. Es gibt keine Begründung dafür, solche Maßnahmen zu dulden und zu akzeptieren. Wir müssen die Erkenntnisse, die wir aus den vergangenen Einsätzen gewonnen haben, für die Zukunft nutzen, in erster

Linie für den G-7-Gipfel. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, den wir in fünf Nummern unterteilt haben. Ich bitte darum, diesem Antrag zuzustimmen.

Beim Antrag der CSU haben wir ein bisschen Probleme, da wir die Extremismusklausel in der Form, in der sie gestrichen wurde, nicht wieder einführen wollen. Da gibt es bessere Regelungen.

Ich komme zum Antrag der GRÜNEN. Er ist fast ein bisschen provokativ. Wir stimmen, seitdem wir hier im Bayerischen Landtag vertreten sind, gegen die Kennzeichnungspflicht der Polizei. Das hätte den GRÜNEN eigentlich klar sein müssen. Insofern können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Ich gestehe allen Anträgen zu, dass sie gut gemeint sind und das Gleiche erreichen wollen. Diese Linie verbindet die Anträge. Aber aus den beiden genannten Gründen können wir weder dem Antrag der CSU noch dem der GRÜNEN zustimmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Als nächste Rednerin bitte ich die Frau Schulze zum Rednerpult.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder, die wir von den Ausschreitungen am Rande der Eröffnung der EZB-Zentrale in Frankfurt gesehen haben, machen uns alle fassungslos: brennende Einsatzfahrzeuge, viele verletzte Menschen in Zivil und in Uniform und zerstörte Einrichtungen. Über die Parteigrenzen hinweg muss eines klar sein: Gewalt ist kein legitimes Mittel des Protests.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Wir verurteilen die Zerstörungswut, mit der gewaltbereite Randalierer die Stadt überzogen haben. Für Gewalt und für Angriffe auf Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Unbeteiligte gibt es keine Rechtfertigung. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte schützen

Sachen, Menschen und das hohe Gut der Versammlungsfreiheit. Ihnen gilt unser Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Bei aller notwendigen Kritik am Verhalten der Randalierer darf aber nicht übersehen werden, dass der weitaus größere Teil der Menschen friedlich für seine Überzeugung auf die Straße gegangen ist.

(Zuruf von der CSU)

Die Krawalle von Frankfurt überlagerten die friedlichen Demonstrationen vieler Bürgerinnen und Bürger, die durchaus berechtigte Kritik zum Ausdruck bringen wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Die sich aber nicht dagegen gewandt haben!)

Ich persönlich habe es noch nie verstanden, wie zerstörte Polizeiautos die ungerechte Vermögensverteilung ändern sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das führt nur dazu, dass die Botschaft, die von den friedlichen und bunten Demonstrationen ausgehen sollte, völlig untergegangen ist. Ganz ehrlich, liebe CSU-Fraktion: Sie machen bei dieser Sache in der Hinsicht mit, dass Sie mit Ihrem Antrag die gesamte Protestbewegung diskreditieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Für Sie sind das jetzt offenbar alles gewaltbereite Chaoten, die das Versammlungsrecht missbraucht haben, dazu linksextrem sind und sofort in ein Programm gegen Linksextremismus gesteckt werden müssen. Ehrlich gesagt ist das albern, unsachlich und einer Regierungsfraktion nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Hört, hört!)

Vor allem ist die Beurteilung nicht differenziert. Ich rate dringend dazu, besonnen zu agieren und sich die Lage genau anzusehen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Da seid ihr genau die Richtigen!)

Wenn Sie sich die Lage genau ansehen würden, würden Sie zum Beispiel erkennen, dass auch Neonazis an den Blockupy-Protesten teilgenommen haben. Mehrere Zeitungen berichten, dass im Internet zahlreiche internationalistische Gruppierungen zur Teilnahme aufgerufen haben. Wenn Sie genauer hinschauen und die Sache differenziert betrachten würden, würden Sie sehen, dass der größere Teil der Menschen friedlich demonstriert hat. Mit Ihrem Antrag werfen Sie das alles in einen Topf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Nein, machen wir nicht!)

- Genau das machen Sie. - Sie greifen dann in die Mottenkiste und holen die Extremismusklausel wieder hervor. Ich muss Ihnen aber sagen, dass die Extremismusklausel solche schrecklichen Ausschreitungen wie in Frankfurt nicht verhindern wird. Der Antrag zeigt mir ganz deutlich, dass es Ihnen weniger um die Ächtung von Gewalt und Hetze als vielmehr um die Instrumentalisierung der Vorfälle für Ihre eigenen ideologischen Zwecke geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe CSU, zum Mitschreiben: Ihre Auffassung, dass es in unserer Gesellschaft Rechtsextreme, Linksextreme und in der Mitte verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger gibt und dass die Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat nur von den Rändern her ausgeht, ist platt und pauschalisierend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE stellen uns eindeutig gegen den Versuch, die Welt durch Schablonendenken zu erklären. Die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus wird der Realität nicht gerecht und ist vor allem wissenschaftlich nicht haltbar.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

Auch juristisch ist die Extremismusklausel nicht haltbar. Sie wissen es doch selber. Im Jahr 2012 hat das Verwaltungsgericht in Dresden bestätigt, dass die Extremismusklausel rechtswidrig ist. Dass Sie sie jetzt wieder einführen wollen, zeigt eindeutig Ihr Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): So ein Schmarrn!)

Wer sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen Rechtsextremismus und für die Vielfalt in der Gesellschaft engagiert, wird dafür oft von Neonazis beschimpft, bedroht oder sogar tätlich angegriffen. Diese Menschen wollen die Demokratie schützen und stärken. Mit der Extremismusklausel, die Sie wieder einführen möchten, stellen Sie all diese Menschen unter Generalverdacht. Wer sich tagtäglich für Vielfalt und Demokratie engagiert, braucht Unterstützung und keinen Generalverdacht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Eben!)

Der Staat kann Unterstützung leisten, indem er zum Beispiel das Handlungskonzept gegen Rechts überarbeitet, schulische und außerschulische Programme für Demokratieförderung ins Leben ruft und die Schulen zu einem Ort lebendiger Demokratie weiterentwickelt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Es geht in dieser Debatte um Linksextremismus!)

So können wir die Bürgerinnen und Bürger stärken und dafür sorgen, dass solche Ausschreitungen möglichst nicht mehr vorkommen. Genau das fordern wir mit unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen sich nicht so aufregen, liebe CSU-Fraktion. Auch wir fordern in unserem Antrag, dass die Staatsregierung mit Blick auf den G-7-Gipfel die Einsatzvorbereitungen und die Durchführung durch die hessischen Sicherheitskräfte analysiert und daraus Lehren zieht. Dazu gehört zum Beispiel, dass die vielen guten deeskalierenden Maßnahmen des Einsatzkonzeptes, zum Beispiel die umfangreichen Kommunikationsangebote an die Organisatoren der Demonstrationen und die Einführung der Kennzeichnungspflicht der Polizeikräfte, in das G-7-Konzept mit einfließen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Ein Wahnsinn!)

Wir möchten nämlich, dass von Bayern aus das folgende Signal in die Welt hinausgeht: Jede und jeder, der in Bayern gegen die verfehlte Klimapolitik der G 7 friedlich – ich wiederhole es extra für Sie, damit Sie mich nicht missverstehen –: friedlich demonstrieren will, kann das machen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Es geht aber um die Radikalen, die Gewalttätigen!)

Dafür müssen wir diese Optionen herstellen; denn das möchten nicht nur wir GRÜNE und viele andere, sondern das möchten auch das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung. Unsere Demokratie lebt von einer friedlichen, bunten und kreativen Demonstrationskultur.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion für die Nummer 2 ihres Antrags eine namentliche Abstimmung beantragt hat. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Heike. Zweiter ist Herr Kollege Pohl.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Kollegin Schulze, es ist sehr interessant gewesen, das alles von Ihnen zu hören. Ich muss Ihnen aber ganz deutlich sagen: Was haben eigentlich Ihre angeblich so friedlichen Demonstranten gegen die gewaltbereiten Linksradikalen, die Sie ja selber so einschätzen, unternommen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mei, ist der ahnungslos!)

Ich habe Polizeiberichte gelesen, dass sie nichts unternommen haben. Wenn Ihre Occupy-Bewegung tatsächlich so, wie Sie es uns heute hier weismachen wollen, reagiert hätte, hätte das etwas anders aussehen müssen.

Wenn Sie von Schablonendenken reden, erinnere ich Sie an die Diskussion, die wir vor Kurzem im Rechtsausschuss hatten. Was tun Sie eigentlich, außer dass Sie immer – dabei haben Sie häufig unsere Unterstützung – gegen die Rechtsradikalen diskutieren und Mittel für deren Bekämpfung freigeben wollen? Was tun Sie eigentlich auf der linken Seite? Wo haben Sie sich da einmal unterstützend an unsere Seite gestellt?

(Beifall bei der CSU)

Katharina Schulze (GRÜNE): Lieber Herr Heike, erst mal sind das nicht meine Demonstrantinnen und Demonstranten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens ist es nicht die Occupy-Bewegung, sondern die Blockupy-Bewegung, und drittens möchte ich Ihnen sagen: Sie erwarten doch nicht tatsächlich von den Menschen, die friedlich in Frankfurt demonstriert haben, sich zwischen Linksextreme und die Polizei zu stellen und zu versuchen, sie zurückzuhalten!?Diesen Punkt wollte ich die ganze Zeit verdeutlichen. Das möchten Sie nicht verstehen. Wir haben uns ganz klar von den Gewaltausschreitungen in Frankfurt distanziert. Wir haben gesagt: Das geht nicht, so etwas möchten wir nicht. Das bedeutet nicht, dass wir den Fehler machen und alles über einen Kamm scheren. Diesen Fehler begehen Sie. Gerade haben Sie gesagt: Wieso haben sich die Demonstranten nicht dagegengestellt? Es gab eine friedliche Demo. Es ist absolut legitim, dass diese Menschen auf die Straße gehen. Sie brauchen nicht alles in einen Topf werfen, indem Sie sagen: Alle waren linksext-

rem und haben nichts gegen Ausschreitungen unternommen. Das ist Ihre Argumentation, die so leider falsch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Pohl und Herr Kollege Scheuenstuhl haben sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir haben immer gegen Extremismus und für Toleranz geworben, und zwar gegen Extremismus jeder Couleur. Wir haben uns oft von Ihnen im Rechtsausschuss anhören müssen, dass es nicht wirklich eine Gewalt von Links gäbe, diese würde aufgebauscht, während die Gewalt von Rechts verharmlost würde.

Wären Sie dabei, wenn wir sagen, dass wir uns alle in diesem Hause gemeinsam gegen Linksextremismus aussprechen? Wären Sie dabei? Könnten Sie das unterschreiben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein weiterer Punkt: Unsere Fraktion hat mit einem Antrag gefordert, dass die Staatsregierung diejenigen Menschen in ganz Bayern entschädigt, die Opfer von Ausschreitungen von Extremisten im Rahmen des G-7-Gipfels in Elmau werden. Dieser Antrag hat eine Mehrheit gefunden. Leider konnte sich Ihre Fraktion dem Antrag nicht anschließen mit der Bemerkung, dass auch Gewalt von Polizeibeamten gegen die Menschen in diesen Antrag aufgenommen werden müsste. Wie stehen Sie dazu? Würden Sie den Antrag unterstützen, dass Menschen, die Opfer von Gewalt geworden sind oder deren Eigentum zerstört wurde, vom Freistaat Bayern entschädigt werden?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Katharina Schulze (GRÜNE): Vielen Dank für die Fragen. Problematisch ist, dass alles nicht so einfach ist, wie Sie es darstellen.

(Widerspruch bei der CSU)

Man muss die Dinge differenziert betrachten. Ich weiß nicht, wie oft ich es noch sagen soll, bis mir die CSU glaubt. Wir verurteilen jegliche Gewalt an Menschen und an Gegenständen seitens Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, ziviler Personen oder öffentlicher Einrichtungen. Das verurteilen wir. Wir verurteilen jedoch gleichzeitig auch Gewalt von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten. Verstehen Sie das?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das können Sie nicht gleichsetzen! – Zurufe von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe, damit wir die Rednerin verstehen.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich habe mir Ihre interessanten Fragen angehört. Jetzt bitte ich darum, dass Sie sich meine Antwort in Ruhe anhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen diese beiden Punkte immer gegeneinander ausspielen. Ich sage, wir müssen das jeweils differenziert betrachten. Wir verurteilen Gewalt sowohl von der einen als auch von der anderen Seite. Wenn im Rahmen des G-7-Gipfels Eigentum der Menschen zerstört wird, muss man überlegen, wie der Staat helfen kann. Gleichzeitig muss man sich mit dem Thema beschäftigen und die Polizei unter Kennzeichnungspflicht stellen.

(Widerspruch bei der CSU)

Wenn es Gewalt von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gegen Demonstrantinnen und Demonstranten gibt, muss diese eingedämmt werden. Sie wollen die eine Seite nicht hören und werfen mir vor, ich wolle die andere Seite nicht hören. Ich versuche

die ganze Zeit, differenziert mit Ihnen zu diskutieren. Ich komme bei Ihnen jedoch nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU - Unruhe)

Schauen Sie, wie Sie sich aufregen. Sie regen sich wahnsinnig auf. Sie hören mir einfach nicht zu.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe. Frau Schulze, bitte warten Sie einen Moment. Der nächste Redner ist Herr Scheuenstuhl.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich nehme Sie beim Wort! Sie stimmen gegen Ihre Fraktion!)

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich um eine Zwischenbemerkung, mit der ich vor allen Dingen auf die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Heike eingehen will, der anscheinend noch nie an einer Demonstration teilgenommen hat.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ich habe aber an mehreren Einsätzen aufseiten der Polizei teilgenommen!)

Ich habe noch nicht an vielen Demonstrationen teilgenommen. Die letzte Demonstration, die ich erlebt habe, war in Scheinfeld im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim. Dort haben wir gegen Nazi-Aufmärsche demonstriert. Dort gab es auch einen Schwarzen Block. Die große Masse, 90 %, war friedlich. Wir sind mit unseren Schildern herumgelaufen und haben gesagt, dass wir damit nicht einverstanden sind. Diesen Schwarzen Block, den Sie so beschreiben, kann niemand, der friedlich demonstriert, aufhalten. Die Aufgabe eines Demonstranten mit seinem Schild kann es nicht sein, mit seinem Körper eine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es kann nicht meine Aufgabe sein, mich dort hineinzustellen und eine Züchtigung vorzunehmen. Das muss man heute ganz klar darstellen. Ziel der heutigen Debatte ist es, sich grundsätzlich gegen Extremismus und Gewalt auszusprechen. Das werden wir heute mit unserer intensiven Diskussion nach außen zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Als nächster Redner hat Herr Professor Dr. Gantzer das Wort.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere ein bisschen, wie die Diskussion im Augenblick läuft. Wenn ich alle drei Anträge lese, stelle ich fest: Wir wollen im Grunde alle dasselbe. Wir alle verurteilen die Gewalt, die dort stattgefunden hat. Ich bedauere, dass von der einen oder anderen Seite Schärfe in die Debatte eingebracht wird, die dem Ziel, das allen drei Anträgen zugrunde liegt, nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Zur Klärung der geschäftsordnungsmäßigen Lage: Den Nummern 1 und 3 des CSU-Antrags stimmen wir zu. Die Nummer 2 des CSU-Antrags lehnen wir ab. Daher beantragen wir zum Antrag der CSU getrennte Abstimmung. Ich hoffe, das gewähren Sie uns. Nummer 1 und 3 des Antrags der CSU sind so vernünftig, dass man diesen nur zustimmen kann. Auf Nummer 2 gehe ich noch ein. Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu. Beim Antrag der FREIEN WÄHLER enthalten wir uns aufgrund von Nummer 3. Das führe ich anhand des Antrags der CSU aus.

In Nummer 1 des Antrags der CSU wird jegliche Gewalt abgelehnt.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN)

Das kann der gesamte Landtag einstimmig und einmütig feststellen. Das sage ich ganz deutlich, weil wir zum Schluss über den Schwarzen Block diskutiert haben. Jegli-

che Gewalt, egal ob vom Schwarzen Block oder anderen Organisationen ausgehend, ist eine Aushöhlung des Demonstrationsrechts. Darüber müssen wir uns alle im Klaren sein.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN)

Es ist aber auch richtig, dass die überwiegende Mehrheit der friedlichen Demonstranten für nachvollziehbare oder zumindest diskussionswürdige Ziele demonstriert. Ich weiß nicht, ob der Gewaltblock dazu imstande ist, das aufzunehmen. Man muss eines feststellen: Die ausgeübte Gewalt zerstört im Grunde alles, was die gutwilligen Demonstranten wollen. Die guten Ziele, die von den Demonstranten verfolgt werden, gehen durch die Gewaltausübung unter.

(Jürgen W. Heike (CSU): Da muss ich Ihnen recht geben!)

Das ist dem Schwarzen Block völlig egal. Das wissen wir inzwischen auch. Dem Schwarzen Block geht es nur noch um Gewalt und nicht um die Ziele. Deswegen sollten wir klar feststellen: Der Schwarze Block ist der Totengräber des Demonstrationsrechts und der Demonstrationsfreiheit.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN)

Mit Nummer 3 des Antrags der CSU wird gefordert, dass die Erkenntnisse aus Frankfurt und anderen Demonstrationsorten in das G-7-Sicherheitskonzept einfließen sollen. Das ist selbstverständlich. Das ist schon fast eine Beleidigung gegenüber der zuständigen Polizeiabteilung im Innenministerium. Sie wird aufgefordert, sich die Ereignisse in Frankfurt zu Gemüte zu führen. Ich weiß, dass das schon lange geschehen ist. Alles wird analysiert. Der Antrag, den Sie gestellt haben, ist ein richtiger Blabla-Antrag. Trotzdem stimme ich ihm zu, weil Sie nicht unrecht haben.

Damit komme ich zu Nummer 2 des Antrags der CSU. Mit diesem wird die Wiedereinführung von Programmen gegen Linksextremismus und der Extremismusklausel gefordert.Ich komme zu den Ausführungen von Herrn Herrmann. Bitte unterbrechen Sie

Ihr Gespräch mit dem Handy. Ich weiß nicht, wer Ihnen das aufgeschrieben hat, was Sie gerade vorgelesen haben.

(Widerspruch bei der CSU)

- Ich habe gesehen, wie er es abgelesen hat. - Programme gegen Extremismus gibt es genug. Es ist zwar richtig, dass es das spezielle Programm gegen den Linksextremismus nicht mehr gibt. Es wurde aber nicht gestrichen, sondern es wurde sozusagen umgeschichtet. Wir haben jetzt mehrere Programme gegen jeglichen Extremismus, und darunter fällt auch der Linksextremismus. Es stimmt nicht, dass dieses Programm gestrichen wurde.

Das Nächste – das ist noch viel schlimmer – ist die sogenannte Extremismusklausel. Ich sage Ihnen ganz klar: Das, was Sie hier fordern, ist der Wurmfortsatz des alten Radikalenerlasses.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

Ich weiß gar nicht, ob Sie genau wissen, was die Extremismusklausel war. Ich weiß gar nicht, ob Sie die Geschichte kennen. Wissen Sie, wann die Extremismusklausel überhaupt erst eingeführt worden ist? 2011 wurde sie durch Ihre damalige Bundesfamilienministerin eingeführt. Worum ging es dabei? - Damals hat es drei vom Bund geförderte Programme gegen Rechtsextremismus gegeben. Die Geförderten mussten dabei unterschreiben, dass sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Das haben wir schon beim Radikalenerlass gekannt. Impliziert war damit aber der Generalverdacht, der schon einmal geäußert worden ist, dass jeder Antirechte automatisch ein Linksextremer ist. Das kann es wohl nicht sein. Das war eine klare Gängelung von Antinazi-Initiativen, der wir nicht zustimmen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Das war 2011. Hören Sie genau zu, Herr Herrmann. 2014 ist diese Extremismusklausel von der jetzigen Familienministerin Manuela Schwesig und von Ihrem Innenminister Thomas de Maizière abgeschafft worden. Die beiden haben gesagt, das macht überhaupt keinen Sinn, wir kehren zur alten Lösung zurück. Die alte Lösung vor 2011 bestand darin, dass in die Zuwendungsbescheide die Bedingung aufgenommen wurde, dass keine Steuergelder an extremistische Organisationen oder Personen gehen dürfen. Das ist die Wahrheit. Die Extremismusklausel war ein Versuch, der gescheitert ist. Unsere gemeinsame Koalition hat diese Klausel abgeschafft und gesagt, wir kehren wieder zu den alten, sehr nachvollziehbaren und funktionierenden Regelungen zurück. Danach steht diese Bedingung jetzt wieder im Förderbescheid. Deswegen weiß ich gar nicht, warum Sie jetzt fordern, die Extremismusklausel wieder einzuführen.

Zusammengefasst: Daraus ergibt sich, warum wir die Nummer 2 Ihres Antrags ablehnen. Im Übrigen habe ich unser Abstimmungsverhalten dargestellt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat nun Herr Staatssekretär Gerhard Eck das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will ganz kurz um Aufmerksamkeit bitten, weil einige Themen angesprochen werden sollten, ohne noch einmal ins Detail zu gehen. Zunächst will ich ganz herzlich dafür danken, dass über dieses Thema heute im Grundsatz diskutiert wird. Wir haben den G-7-Gipfel vor der Türe stehen. Deshalb ist es schon wichtig, wie wir mit diesem Thema umgehen, nachdem man aus der Presse- und Medienberichterstattung ersieht, was in Frankfurt passiert ist. Auch will ich unseren Polizistinnen und Polizisten danken, die tagtäglich ihren Einsatz leisten, um für unsere Sicherheit zu sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie unterirdisch die Situation ist, wurde schon von den verschiedenen Rednern dargestellt. Ich will nicht mehr im Detail darauf eingehen. Liebe Frau Schulze, Sie können noch so viele Mäntelchen darum herumlegen – weiß der Kuckuck, wie Sie das verbal verpacken -, wir lassen es so nicht stehen. Diesen Punkt möchte und muss ich ansprechen, um auch den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass die Aktionen in Frankfurt generalstabsmäßig organisiert waren. Sie sollten sich vielleicht einmal mit im Einsatz befindlichen Polizistinnen und Polizisten unterhalten. Sie sollten sich dafür einmal die Zeit nehmen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das tun sie doch!)

Dort sind Züge und Busse angekommen. Die sind dort in Scharen ausgestiegen und haben Autos angezündet, ohne zu demonstrieren, ohne irgendwo mit jemandem zu reden oder zu diskutieren. Generalstabsmäßig wurde Gewalt organisiert. Sie können uns vorwerfen, was Sie wollen, wir kämpfen dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir auch!)

Ich will noch eines sagen, meine Damen und Herren. Frau Schulze, Sie haben nach einem Signal gefragt. Das Signal haben wir längst gesendet. Seit Jahren senden wir dieses Signal. Schauen Sie sich einmal die Bilanzergebnisse der inneren Sicherheit an. Bayern ist das sicherste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Das gilt nicht nur für 2014, 2013 und 2012. Sie können es noch weiter zurückverfolgen. Darauf sind wir stolz, und daran lassen wir uns auch nicht hindern!

(Beifall bei der CSU)

Ich will es ein letztes Mal wiederholen. Ich meine einfach, das ist wichtig. Wir reden heute über 1.000 eingesetzte bayerische Polizistinnen und Polizisten und darüber, dass in Frankfurt 150 Beamte verletzt wurden. 150 Beamte wurden verletzt. Meine Damen und Herren, in welchem Beruf ist das sonst üblich? - 2 Beamte waren

schwerstverletzt. 62 Autos wurden beschädigt. 7 Brände wurden gelegt. Feuerwehren wurden angegriffen. Da können wir doch nicht zur Tagesordnung zurückkehren. Sie können hier sagen, was Sie wollen, wir kehren nicht zur Tagesordnung zurück.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist diese Debatte für mich auch Anlass, dem Parlament zu danken. Damit kann sich auch die Opposition angesprochen fühlen. Dank gilt denjenigen, die in der Vergangenheit immer wieder den Haushaltsplänen zugestimmt haben. Das möchte ich an dieser Stelle anbringen. Die anderen Details wurden schon erwähnt. Sicherheit, Zufriedenheit und Geborgenheit sind ein Fundament dafür, dass sich die Menschen in einem Land wohlfühlen. Sie sind ein Fundament dafür, dass die Menschen in ein Land ziehen. Sie sind ein Fundament für wirtschaftliche und finanzielle Stabilität. All das fällt nicht vom Himmel. Das muss man bei dieser Debatte einmal so sagen. Das fällt nicht vom Himmel, das muss organisiert, gemanagt und auch finanziert werden. Dazu braucht es nicht nur Geldsummen, sondern dazu braucht es auch Polizistinnen und Polizisten. Deshalb sage ich das in aller Deutlichkeit. - Es wäre vielleicht auch sinnvoll, dass Sie hier zuhören würden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das wissen wir!)

Dazu braucht es Polizistinnen und Polizisten, die sich getragen, unterstützt und gewollt fühlen, die nicht sofort kritisiert werden, wenn sich irgendwo ein Vorfall ereignet. Als Erstes wird immer auf die Polizei geschaut und darauf, wer etwas falsch gemacht hat. Damit kann man Stärke und Sicherheit nicht managen und organisieren, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dass dies möglich ist, will ich Ihnen auch mitgeben. Frau Schulze, Sie haben nach Signalen gefragt. In anderen Ländern werden Stellen bei der Polizei abgebaut. Wir

haben bei der Polizei den höchsten Personalstand aller Zeiten. Schauen Sie sich um. Wir haben die höchste Ausbildungsquote, die es jemals bei der Polizei gegeben hat. Wir haben für die innere Sicherheit und die persönliche Sicherheit noch einmal 5,5 Millionen Euro draufgelegt. Wir geben 5,5 Millionen Euro zusätzlich aus, weil wir unsere Polizei schützen wollen. Wir werden in die Uniform nicht wegen der Farbe Blau investieren, sondern deswegen, weil wir den Tragekomfort und die Sicherheit unserer Beamtinnen und Beamten verbessern wollen. Dafür geben wir circa 33 Millionen Euro aus. Das sind Signale, liebe Frau Schulze, die wir unseren Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf die innere Sicherheit geben. Wir haben in elektronische Systeme investiert. All das ist ganz einfach wichtig. Wir stärken unsere Polizei. Davon lassen wir uns nicht abbringen.

Ich sage es Ihnen an dieser Stelle pauschal: Wir dulden keine rechtsfreien Räume, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir in die Zukunft blicken und den G-7-Gipfel vor Augen haben, sagen wir mit aller Deutlichkeit, was Sie, Herr Dr. Gantzer, angesprochen haben: Natürlich werden wir – man muss das Rad nicht immer neu erfinden – Konsequenzen für die Einsatzplanung für den G-7-Gipfel ziehen.Dafür stehen wir unabdingbar. Erfahrungen aus der Einsatzlage in Frankfurt anlässlich der Eröffnung des EZB-Neubaus werden derzeit – ich kann das an dieser Stelle sagen – vom Planungsstab des G-7-Gipfels diskutiert, und Vorschläge werden ausgearbeitet. Wir gehen nicht darüber hinweg. Das Sicherheitskonzept der bayerischen Polizei für den G-7-Gipfel wird anhand der aktuellen Lageerkenntnisse überprüft; das ist eine klare Aussage. Heute können wir noch keine Aussage machen, ob wir etwas verändern müssen oder nicht. Ich wollte deutlich machen, dass wir die Probleme aufnehmen.

All die von mir angesprochenen Dinge ändern nichts an der Situation, dass Bürgerinnen und Bürger ihr Demonstrationsrecht – ich sage das im Zusammenhang mit dem G-7-Gipfel – friedlich, ohne Waffen ausüben können. Ich sage hier deutlich: friedlich und ohne Waffen und ohne Gewalt. Ich meine auch sagen zu müssen, dass das

Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein ganz hohes Gut ist, das von uns in keinster Weise angetastet wird. Für unsere Sicherheitsbehörden ist es gerade – deshalb sage ich das so deutlich – wegen der Vorfälle in der Vergangenheit durch entsprechende Mobilisierungsversuche der gewaltbereiten links- und rechtsextremistischen Szene wichtig, die Situation länderübergreifend fest im Blick zu behalten. Unsere bayerische Polizei wird alles daransetzen, vergleichbare Ausschreitungen wie in Frankfurt von vornherein zu unterbinden und zu verhindern. Das gilt zum Beispiel in Bezug auf temporäre Grenzkontrollen. Gespräche mit Vertretern aus Österreich und Italien auf politischer und fachlicher Ebene sind Grundvoraussetzungen dafür.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Sicherheit – damit will ich es dann auch belassen – ist Markenzeichen Bayerns. Das gilt vor allem in Bezug auf Großereignisse. Egal, ob Fußballweltmeisterschaft, der Papstbesuch, die alljährliche Sicherheitskonferenz in München – es wird immer wieder deutlich, wie leistungsfähig die Polizei ist und wie gut die Sicherheit in Bayern gewährleistet ist. Unsere Polizei kann und wird im Rahmen des G-7-Gipfels auf die bewährte Linie zurückgreifen. Wir stehen zu unserer Polizei, und wir stärken unserer Polizei den Rücken.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle noch einige Schwerpunkte nennen. Sie betreffen zum Beispiel die Deeskalation durch Stärke und nicht durch Wegschauen. Sie betreffen auch die Aussagen – ich habe es vorhin schon angesprochen -, dass keine rechtsfreien Räume geduldet werden. Es gilt auch: kein Zurückweichen vor Gewalt, null Toleranz gegen Gewalttäter, niedrige Einschreitschwelle gegen Gewalttäter, Prävention und konsequentes Einschreiten bereits im Vorfeld und unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten. Ich könnte noch viele Themen ansprechen, aber ich meine, ich brauche das nicht zu tun. Mir ist vollkommen klar, dass es für Sie schwer ist, das anzuhören.

(Lachen bei der SPD)

Wir aber sind stolz darauf, im sichersten Land zu leben. Wir haben das Thema aufgenommen, weil es für die Bevölkerung ein wichtiges Thema ist, und um zu zeigen, dass wir auch für die Zukunft gut aufgestellt sind.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe)

– Wenn sich das Haus beruhigt hat, werde ich mit der Abstimmung fortfahren. Zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/5850 hat die SPD-Fraktion beantragt, nummernweise abstimmen zu lassen. Dementsprechend werde ich jetzt die Abstimmung vornehmen. Es geht um die Drucksache 17/5850. Wer der Nummer 1 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Nummer 1 angenommen.

Wir kommen damit zur Nummer 2. Hierfür ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Drei Minuten sind vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 15.16 bis 15.19 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen schnell außerhalb des Saales auszuzählen. Ich bitte Sie, dann wieder die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann. – Wenn alle die Plätze eingenommen haben, fahre ich mit der Abstimmung fort.Ich werde jetzt die Abstimmungen zu den beiden Dringlichkeitsanträgen vornehmen

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein! Nummer 3 fehlt noch!)

und vorher noch über den ersten Dringlichkeitsantrag schlussendlich abstimmen lassen. Wir kommen also jetzt zur Nummer 3 des CSU-Antrags; ich sage das, damit kein Irrtum entsteht. Wer der Nummer 3 des CSU-Antrags zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Nummer 3 so angenommen.

Jetzt müssen wir warten, bis wir das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegen haben. – Das ist gerade eben eingetroffen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Nummer 2 bekannt: Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein haben 58 gestimmt, Stimmenthaltungen: 4. Damit ist die Nummer 2 dieses Dringlichkeitsantrags angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit ist dem Dringlichkeitsantrag insgesamt zugestimmt.

Nun kommen wir zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5880. Das ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5881. Das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zu Ziffer 2 am 26.03.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion CSU; Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen (Drucksache 17/5850)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete			
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	86	58	4